

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüngenrön, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüngenrön, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

60. Jahrgang.

Nr. 80.

Wittwoch, den 9. April

1913.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume können am 11. und 12. dieses Monats nur dringliche Sachen erledigt werden. Eibenstock, am 8. April 1913.

Königliches Hauptzollamt.

Deutscher Reichstag.

133. Sitzung vom 7. April, 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Bethmann-Hollweg, von Jagow, von Heeringen, Dr. Visco, Kühn, Dr. Delbrück. Haus und Tribünen sind stark besucht. Auf der Tagesordnung steht die erste

Beratung der Wehrvorlagen.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: Die Vorlage fordert eine Verstärkung des Heeres. Wir nutzen gegenwärtig unsere Wehrmacht des Volkes nicht voll aus. Trotz der periodischen Verstärkungen unseres Heeres hat sein Wachstum nicht mit dem des Volkes Stand gehalten. Sollte uns ein Krieg ausgenötigt werden, so können wir ihm entgegengehen im Vertrauen auf die Tüchtigkeit und Tapferkeit unseres Heeres. (Bravo!) Die Frage ist, können wir uns den Luxus gestatten, auf Tausende von Soldaten zu verzichten, die wir haben könnten, die wir aber jetzt nicht einstellen. Kein Mensch weiß, ob und wann uns ein Krieg beschieden sein wird. Aber soweit menschliche Voraussicht reicht, wird kein Krieg entzweien, in den nicht auch wir verwickelt werden. Wer sollte die Verantwortung tragen, daß wir nicht so stark sind, wie wir stark sein könnten. Vom Anfange des Balkankrieges an sind die Großmächte bestrebt gewesen, den Krieg zu internationalisieren. Keine Großmacht hat an den territorialen Veränderungen teilhaben wollen. Und doch hat monatelang eine Spannung bestanden, welche Oesterreich und Rußland zu außerordentlichen Maßnahmen veranlaßten. Ich will nicht sagen, daß ein Krieg unmittelbar vor der Tür stehe. Europa weiß England Dank für die Hingabe, mit der seine Minister bei den Londoner Besprechungen zu vermitteln versucht haben. Deutschland nimmt an diesem Danke um so innigeren Anteil, als es sich mit den Zielen der englischen Politik eins weiß. Jetzt handelt es sich darum, daß die Entschlieungen der Großmächte zur Geltung gebracht werden. Wir sind entschlossen, auf das energischste mitzuwirken. (Lebhafte Bravo!) Es kommt darauf an, gegenüber dem herausfordernden Widerstande Montenegros (Heiterkeit der Sozialdemokraten), daß das Zusammenarbeiten der Großmächte auch Stand hält. Alle diese Vorgänge zeigen uns doch sehr eindringlich, daß die Ereignisse auf dem Balkan das Verhältnis der Großmächte zu einander nicht nur eng berühren, sondern auch stören können. Für die Zukunft ist es entscheidend, daß an die Stelle der Türkei Staaten getreten sind, welche eine große Lebenskraft dokumentieren. Wir haben ein Interesse daran, daß sich diese Kraft im Frieden entfaltet. Jetzt, wo diese Machtverschiebung eingetreten ist, würden wir gewissenlos handeln, wenn wir nicht darauf achteten. Mit der russischen Regierung stehen wir in freundschaftlichen Beziehungen. (Bravo!) Unsere Bestrebungen werden von Rußland erwidert. (Bravo!) Direkte Interessengegensätze bestehen zwischen uns nicht. Die russischen Gegensätze werden zu keinem Kriege führen. Aber dort wie hier ist es bekannt, daß panslawistische Strömungen durch den Balkankrieg mächtig gefördert worden sind. Die Spannung zwischen Oesterreich und Rußland ist beigelegt, aber wir dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken. Daß wir die Bündnistreue wahren werden, ist selbstverständlich. (Bravo!) Unsere Beziehungen zu Frankreich sind gut. Wir haben in den vierzig Jahren der Welt unsere Friedensliebe bewiesen. Das braucht nicht durch Worte bewiesen zu werden. Ich glaube, die gegenwärtige französische Regierung ist der gleichen Ansicht. Welche Wechsel die Zukunft geltend macht, weiß niemand. Der Gedanke an kriegerische Aspirationen der europäischen Kabinette ist nicht mehr hervorgetreten. Es gibt keine verhängnisvollere Politik als die Kunde ans Pulver zu legen. Aber die Macht der öffentlichen Meinung ist nicht zu unterschätzen. Das französische Volk drängt nicht zum Kriege. Man glaubt aber, uns, wenn nicht überlegen, so doch gewachsen zu sein, im Vertrauen auf das Bünd-

nis mit Rußland. Das ist die gefährliche Rehrseite des Wiedererwachens des französischen Nationalgefühls. Die Friedensbürgschaft, die in unseren engen Verhältnissen zu Oesterreich und Italien liegt, schätze ich hoch ein. Trotzdem: wie kein anderes Land steht Deutschland eingeleitet als vorgehobene Macht des Dreibundes zwischen Frankreich und der slavischen Welt. Unsere Vorlage ist nicht aus dem Gedanken des Wehrkräftens entstanden. Frankreich hatte uns in der Ausnützung seiner Wehrkraft längst überholt. Es stellt seit langem den letzten Mann ein. In diesen Anstrengungen liegt so wenig eine Herausforderung wie unsere Vorlage eine Provokation gegen Frankreich ist. Es hieße das Schicksal herausfordern, wollte man sagen: wenn ein Krieg kommt sind wir stark genug. Solche Stimmung ist stets der Anfang des Unheils gewesen. Wir machen die Vorlage nicht, weil wir Krieg, sondern weil wir Frieden haben und wenn ein Krieg kommt, wir Sieger bleiben wollen. (Lebhafte Bravo!) Wir werden, wenn die Vorlage Gesetz geworden ist, so wenig der Störenfried sein, wie bisher. Unsere Beziehungen zu Rußland und Frankreich sind gut, ebenso zu England. Den Churchill'schen Vorschlag haben selbst Marinefachleute als schwierig bezeichnet. Die Tatsache des Vorschlages bedeutet immerhin einen großen Fortschritt. Es scheint das Vertrauen wieder zuzukehren, das lange Zeit zum Schaden beider Länder gefehlt hat. Wir wollen frei und stark sein, um uns frei entfalten zu können. An Ihnen ist jetzt die Entscheidung. Die Weltgeschichte kennt kein Volk, das in seiner Verfassung der Kraft zugrunde gegangen wäre, wohl aber solche, die in der Vernachlässigung zugrunde gegangen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Halten Sie an dem Gedanken fest: Wenn uns jemand bedroht, so stehen wir bereit bis auf den letzten Mann! (Stürmisches Bravo!) Zwischen der Sozialdemokratie. Erneut stürmisches Bravo!

Kriegsminister von Heeringen: Es handelt sich bei den Gründen für die Verstärkung unserer Wehrmacht, wie der Herr Reichskanzler hervorgehoben hat, weniger um eine akute Gefahr, die heute bereits Deutschland bedrohen könnte. Bei der Einführung des Gesetzes von 1912 wies ich bereits darauf hin, daß die Ueberlegenheit der Armees über einen etwaigen Gegner nicht in der Hauptfrage zu suchen sei in der überwiegenden Zahl, sondern in der guten Organisation, Ausbildung und Führung. Aber schließlich kommt doch auch der ziffernmäßige Vergleich unserer Wehrkraft gegenüber der anderer Staaten in Betracht. Was damals ausreichend war, ist es unter den heutigen und den heute in der Entwicklung befindlichen Verhältnissen nicht mehr. Deutschland bedarf, das ist die Ueberzeugung, aller derjenigen Stellen, die für seine Verteidigung die Verantwortung tragen, notwendig einer besseren Ausnützung der allgemeinen Wehrpflicht. Für eine Verstärkung des Schutzes unserer Grenzen bestehen zwingende Gesichtspunkte. Der Minister geht dann auf die Einzelheiten für die Vorlage ein und schließt: Die Wehrvorlage ist keine Bedrohung unserer Nachbarschaft. Wer die Vorlage vorurteillos prüft, muß erkennen, vorausgesetzt, daß er es überhaupt will, daß sie nichts anderes ist, als eine starke Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens und für die Weiterentwicklung von Deutschlands Arbeit, Deutschlands Industrie, und Deutschlands Handel. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach dem Kriegsminister von Heeringen kam als erster Redner aus dem Hause der Königsberger Genosse Haase, um scharfe Kritik an der Vorlage zu üben und Versöhnung mit Frankreich zu predigen. Auch Oesterreich-Ungarn bekam seinen Hieb, in dem der Redner erklärte, es sei eine Privatität, die Machtgefüge Oesterreich-Ungarns zu unterstützen. Den Standpunkt des Zentrums vertrat dessen Führer, Herr Spahn, aus dessen Darlegungen hervorging, daß seine Partei in dieser hochwichtigen Frage nicht verjagen werde, sie im Einzelnen aber auf das Sorgfältigste zu prüfen brab-

sichtige. Mit großer Sympathie sprach sodann der Reichsparteiker von Liebert zur Vorlage, die er als ein Resultat der nationalen Stimmung ansieht. Nachdem noch Herr Behrends von der wirtschaftlichen Vereinigung sich zustimmend geäußert hatte, wurde die weitere Beratung auf Dienstag vertagt.

Europa in der Sadgasse.

Nachdem König Nikita von Montenegro auf die Note der Mächte mit bitterstem Spott geantwortet hat, steht Europa vor der großen Frage „Was nun?“ Soll man nun etwa gegen Montenegro gemeinschaftlich einen Feldzug führen wie im Jahre 1900 gegen China? Das wäre denn doch wohl zu viel Ehre für diese Hand voll Montenegriner. Soll man Antivari beschließen? Die „Nowoje Wremja“ veröfentlicht ja schon eine Meldung, daß der Kommandant des internationalen Blockadegeschwaders den Montenegrinern die Beschließung Antivaris angekündigt hätte. Aber auch hiervon dürfte man sich kaum den gewünschten Erfolg versprechen; denn damit wäre ja noch immer nicht der Wille Europas durchgesetzt. Das einzigrichtige dürfte sein, daß Oesterreich-Ungarn allein die Angelegenheit in die Hand nimmt, und die militärische Macht ausübt, der Nikita zu weichen gezwungen ist. Aber, wie wird sich dazu wieder Rußland verhalten? In Wien sieht man die Sache gegenwärtig noch nicht sehr schwarz an, wie aus nachstehender Meldung zu ersehen ist.

Wien, 7. April. Zu der Meldung, daß die montenegrinische Regierung das Telegramm des englischen Admirals in schroff ablehnender Weise beantwortet hat, bemerkt die hiesige Zeitung „Der Morgen“, daß der ablehnenden Haltung des König Nikolaus jetzt nicht mehr jene Bedeutung beigemessen werden kann, als dies früher der Fall war, als die Aktion Montenegros mehr oder minder mit Zustimmung Rußlands erfolgte. Obwohl die Sprache der montenegrinischen Antwort an die Kommandanten der in den Gewässern von Antivari liegenden Schiffe ungemein kriegerisch klingt, wird man, wenn man den aus Petersburg kommenden Botchaften Glauben schenken darf, den Konflikt als lokalisiert betrachten können.

Eine Depesche, die schon von einem Sondervorgehen Oesterreichs ahnen läßt, schlägt auch eine Ausdehnung der Blockade vor:

Wien, 7. April. Wie die „Neue Freie Presse“ von besonderer Seite erfährt, finden unter den Mächten Verhandlungen statt, betreffs Ausdehnung der Blockade auch auf die nordbalkanischen Häfen Adria und Durazzo. Insbesondere ist es Oesterreich-Ungarn, das sich in dieser Richtung bemüht und die Initiative zu einer solchen Maßnahme ergriffen hat. Die Mächte des Dreibundes haben sich für die Annahme des österreichischen Vorschlages ausgesprochen. Die Zustimmung der Staaten der Tripleentente liegt noch nicht vor. Man hofft, daß diese heute erfolgen wird, da die Durchführung der Ausdehnung dringend geboten erscheint, weil sonst in diesen Häfen Munition u. s. w. ausgeschifft werden könnte. Die ersten Vorstellungen in Belgrad dauern fort. Sie sind um von so größerer Wichtigkeit als ein serbischer General die Ukränen auf dem Kriegsschauplatz leitet.

Die Antwort Serbiens auf die Note der Mächte liegt nunmehr vor. Sie lautet aber auch ablehnend:

Belgrad, 7. April. In der gestern den Großmächten überreichten Antwortnote lehnt die serbische Regierung die Räumung Albanens ab unter Berufung auf den Kriegszustand; ebenso wird das Verlangen nach besonderem Schutz der Albanen mit Berufung auf die Verfassung als unannehmbar bezeichnet.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser hörte am Montag vormittag die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts, Biell.